

CDU

**1969
1973**

WAHLPROGRAMM
DER CHRISTLICH
DEMOKRATISCHEN
UNION
DEUTSCHLANDS

Die Bundesrepublik Deutschland wurde unter der Führung von Konrad Adenauer als freiheitlicher Rechtsstaat aufgebaut und ist Mitglied der Gemeinschaft der freien Völker geworden.

Die Christlich Demokratische Union hat mit Ludwig Erhard die soziale Marktwirtschaft verwirklicht. Die Bundesrepublik Deutschland wurde eine der führenden Industrie- und Handelsnationen der Welt.

Unter der Führung von Kurt Georg Kiesinger wurde nach der Zeit des stürmischen Wiederaufbaus der Übergang in einen stetigen wirtschaftlichen Fortschritt gemeistert.

Die Christlich Demokratische Union hat gemeinsam mit den anderen demokratischen Parteien in den zwei Jahrzehnten ihrer Regierungsverantwortung die Freiheit und den äußeren und inneren Frieden behauptet.

Diese Zeit war geprägt von einer außerordentlichen Entwicklung in Wissenschaft, Technik und Gesellschaft, die unsere Lebensverhältnisse durchgreifend verändert hat.

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands ist die große Volkspartei, die auf sicherem Fundament mit ihrer nüchternen und wachen Politik von der ersten Stunde an offen war für die notwendigen Reformen. Sie hat bis heute den Aufbau unseres Landes politisch geführt und gestaltet. Sie will und wird dies auch in Zukunft tun.

Vor uns liegen noch bewegtere Jahre: der unverminderte Anspruch des Kommunismus auf die ganze Welt, die sprunghafte Vermehrung der Weltbevölkerung, der explosive Fortschritt in Wissenschaft und Forschung, die wirtschaftlich-technische Entwicklung, die Eroberung des Weltraums. In dieser Welt gilt es, den Frieden zu erhalten. In dieser Welt müssen wir unserem Volk die innere Stabilität und Sicherheit bewahren, die Fragen der heranwachsenden Generation beantworten und um Freiheit und Einheit für das ganze deutsche Volk ringen.

Diesen Aufgaben ist in Europa kein Volk mehr für sich allein gewachsen. Deswegen brauchen alle europäischen Völker ein wirtschaftlich starkes und ein politisch handlungsfähiges Europa.

Das sind die Bedingungen und die Probleme für die Politik der 70er Jahre.

Wir haben auf unserem Berliner Parteitag unser Programm für das kommende Jahrzehnt beschlossen. Auf dieser Grundlage legt die Christlich Demokratische Union Deutschlands unserem Volk dieses Programm für die Jahre 1969—73 vor.

I. Der Friede

CDU
1969
1973

- 1.** Wir wollen die Teilung Deutschlands und Europas überwinden. Wir verlangen für das deutsche Volk das Selbstbestimmungsrecht, damit alle Deutschen wieder in Freiheit und in einem Staat zusammen leben können. Wir wollen die Spannungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands abbauen, um das Leben in unserem geteilten Land erträglicher zu gestalten. Wir sind bereit, darüber mit den Verantwortlichen im anderen Teil Deutschlands zu sprechen. Wir haben nicht das Recht und sind nicht gewillt, die „DDR“ anzuerkennen. Ihre Anerkennung schafft keinen Frieden. Friede und Gerechtigkeit sind untrennbar. Die Anerkennung der „DDR“ würde lediglich die Teilung Deutschlands gegen den Willen des deutschen Volkes besiegeln und die Freiheit Berlins verwirken. Die Rechte der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge werden wir unverändert vertreten. Wir suchen Verständigung mit allen unseren östlichen Nachbarn; dies gilt besonders für Polen. Die deutsche Ostgrenze kann erst in einem Friedensvertrag festgelegt werden, der von beiden Völkern gebilligt wird.
- 2.** Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft muß vollendet werden. Wir wollen in den nächsten Jahren eine gemeinsame Politik für Wirtschaft und Währung, für Wissenschaft und Forschung, für Entwicklungshilfe und eine fortschreitende Angleichung der Sozialpolitik verwirklichen. Wir wollen darüber hinaus die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft durch die Aufnahme beitragsberechtigter Länder erweitern. Wir drängen auf die politische Einigung Europas in einem europäischen Bundesstaat mit direkt gewähltem Parlament. Diese Einigung bleibt die große Aufgabe der europäischen Völker. Der deutsch-französischen Zusammenarbeit kommt dabei hohe Bedeutung zu. Wir wollen eine europäische Friedensordnung.
- 3.** Unsere Friedenspolitik muß gegen militärische Bedrohung gesichert sein. Deutschland und Europa aber können ihre Sicherheit und ihre Souveränität nur im Bündnis mit den USA bewahren. Deshalb muß die Nordatlantische Verteidigungsgemeinschaft erhalten und gefestigt werden. Die Bundesrepublik Deutschland leistet mit der Bundeswehr ihren militärischen Beitrag für die Sicherheit und den Frieden in Europa. Verteidigungswille und Verteidigungsbereitschaft in unserem Lande müssen gestärkt werden. Wir werden die Bundeswehr personell und materiell so ausrüsten und organisieren, daß sie ihren Verteidigungsauftrag optimal zu erfüllen vermag. Die allgemeine Wehrpflicht ist notwendig. Die jungen Menschen, die ihren Wehrdienst ableisten, müssen in materieller und ideeller Weise gefördert werden. Ein Höchstmaß an Wehrgerechtigkeit ist herzustellen. Nicht zu dienen darf keine vermeidbaren Vorteile bringen.



Die Stellung des Soldaten in der Gesellschaft muß der Bedeutung der Bundeswehr für die Sicherung der Freiheit und des Friedens entsprechen.

Anerkannte Wehrdienstverweigerer sollen ihren Ersatzdienst sofort ableisten. Eine ausreichende Zahl von Ersatzdienstplänen ist zu schaffen. Die Dauer des Ersatzdienstes muß berücksichtigen, daß die Wehrpflicht nicht nur die Grunddienstzeit, sondern auch Reserveübungen umfaßt.

Der militärischen muß eine zivile Verteidigung zugeordnet werden.

4. Gemeinsam mit unseren Bündnispartnern streben wir mit unserer Friedenspolitik eine politische Ordnung der Welt an, die eine allgemeine weltweite und kontrollierte Abrüstung ermöglicht.

5. Der Friede ist nicht nur durch den Ost-West-Gegensatz bedroht, sondern auch durch Not und Elend in den Entwicklungsländern gefährdet.

Deswegen wollen wir die Länder der Dritten Welt vor allem befähigen, sich selbst zu helfen.

Die Entwicklungsländer von heute sind unsere Handelspartner von morgen.

II. Fortschritt und Bildung für jedermann

CDU
1969
1973

6. Wir werden eine umfassende Reform unseres Erziehungs- und Bildungswesens durchsetzen. Dazu haben wir unser Bildungsprogramm entworfen. Jedes Kind muß gleiche Chancen für seine Entwicklung haben. Deswegen wollen wir eine gegliederte Leistungsschule, die ein Höchstmaß an individueller Förderung bietet. Sie soll die Verschiedenheit der Begabungen individuell entwickeln, umweltbedingte Hemmungen und Hindernisse abbauen, eine ständige Anpassung der Berufsentscheidung und des Ausbildungsweges an die persönliche Entwicklung ermöglichen sowie Gelegenheiten bieten, die Schuldauer bis zur Reifeprüfung um 2 Jahre zu verkürzen.

7. Auf den Hochschulen unseres Landes wird über unseren Fortschritt und über den geistigen Rang Deutschlands entschieden. Wir werden die bestehenden Hochschulen weiter ausbauen und die Gründung neuer Hochschulen vorantreiben. In einer überregionalen Hochschulplanung müssen die Studienwünsche und der Bedarf des Staates und der Gesellschaft berücksichtigt werden.

8. Wir wollen, daß Hochschule, Kunsthochschule und Fachhochschule einen gegliederten Hochschulbereich bilden, in dem Übergänge in beiden Richtungen möglich sind.

Wir wollen eine Reform der Studien- und Prüfungsordnungen durchsetzen, die die Studiengänge zweckmäßiger und kürzer gestaltet.

Die Universität soll übersichtlicher gegliedert und in ihrer Selbstverwaltung durch eine handlungsfähige Spitze gestärkt werden.

Die Hochschulgremien müssen nach ihrer Aufgabenstellung zusammengesetzt sein. Wir wollen, daß die Mitwirkung aller Personengruppen der Hochschule bei allen Organen der Selbstverwaltung ohne schematische Betteilungsverhältnisse gewährleistet ist.

9. Die Forschungspolitik und die neuen bildungspolitischen Aufgaben des Bundes sollen in einem Ministerium zusammengefaßt werden. Für Bund und Länder, für Wirtschaft und Wissenschaft soll ein Gesamtprogramm vereinbart werden, das regional und sachlich Schwerpunkte festlegt.

Wir werden die Investitionen der Wirtschaft in Forschung und Entwicklung durch weitere gezielte steuerliche Vergünstigungen anregen; die Gemeinschaftsforschung vor allem der Klein- und Mittelbetriebe werden wir weiter unterstützen.

Wir werden die Grundlagenforschung verstärkt fördern und für die angewandte Forschung eine neue Trägerorganisation schaffen.

Wir werden mit staatlichen Mitteln Kreditprogramme ermöglichen, um die Risiken der kommerziellen Auswertung technologischer Neuerungen zu vermindern.

Für Forschung und Technologie müssen in Dokumentationszentren mit den Mitteln der Datenverarbeitung die weltweiten Ergebnisse der Forschung für Wirtschaft und Wissenschaft bereitgehalten und ihre rasche und vollständige Ausschöpfung ermöglicht werden.

CDU
1969
1973

III. Soziale Marktwirtschaft für Stabilität, Vollbe- schäftigung und Wachst- um der Wirtschaft

10. Unser Volk hat mit der sozialen Marktwirtschaft nach dem Kriege Not und Elend überwunden. Wir sind heute eine große Industrie- und Handelsnation mit Vollbeschäftigung und wachsendem Wohlstand.

Sichere Arbeitsplätze, wachsender Wohlstand und eine der stabilsten Währungen der Welt sind die Ergebnisse unserer Wirtschaftspolitik. Sie werden auch in Zukunft die Ziele unserer Wirtschaftspolitik bleiben.

Wir wollen einen wirksamen Wettbewerb und eine ausgewogene marktgerechte Struktur von Klein-, Mittel- und Großunternehmen. Wir werden das Wettbewerbsrecht entsprechend gestalten. Unternehmenszusammenschlüsse sollen nicht zu Wettbewerbsbeschränkungen führen; die internationale Wettbewerbssituation ist zu berücksichtigen.

Wir werden mit steuer-, kredit-, wettbewerbspolitischen und betriebswirtschaftlichen Maßnahmen die mittelständische Wirtschaft konkurrenz- und leistungsfähig erhalten.

11. Wir werden ein modernes Unternehmensrecht schaffen, das alle an der Wirtschaft beteiligten Kräfte in partnerschaftlicher Zusammenarbeit vereinigt. Das Betriebsverfassungsgesetz muß ausgebaut und seine Anwendung vorgeschrieben werden.

Die Wahl der betrieblichen Mitbestimmungsorgane ist Sache der Belegschaft.

Wir werden die betriebliche Mitbestimmung im personellen und im sozialen Bereich verbessern und ausbauen.

Die Information der Belegschaft über das wirtschaftliche Betriebsgeschehen muß erheblich verbessert werden.

Wir werden die leitenden Angestellten in der Betriebsverfassung organisch berücksichtigen.

Wir werden Arbeitnehmerkammern einrichten.

12. Wir werden in der mittelfristigen Finanzplanung über die Rangordnung der Aufgaben entscheiden und deren Lösung der finanziellen Leistungsfähigkeit des Staates anpassen.

Wir werden den Zwei-Jahres-Haushalt einführen. Wir drängen auf eine umfassende Steuerreform, um das Steuerrecht zu vereinfachen und die Steuern gerechter zu gestalten.

13. Strukturwandlungen sind in der modernen Wirtschaft der Preis für den Fortschritt.
Wir werden ihre Folgen vorausschauend planen, um Härten zu vermeiden. Wir werden die regionalen Unterschiede in der Wirtschaftskraft vermindern und das Zonenrandgebiet bevorzugt fördern.
Wir werden die bereits eingeleitete Sanierung des Steinkohlenbergbaus fortführen und durch strukturelle Maßnahmen zugunsten der Steinkohlengebiete ergänzen.
Ziel unserer Energiepolitik ist die sichere und preisgünstige Versorgung mit Energie.

14. Wir streben eine marktwirtschaftliche Wettbewerbsordnung im Verkehr an. Wir werden den Ausbau des Verkehrswesens, insbesondere eines zusammenhängenden Verkehrsnetzes, zügig fortführen.
Das gesamte Bundesgebiet muß erschlossen, der öffentliche Nahverkehr attraktiv gemacht und die Gesamtwirtschaft mit möglichst geringen Kosten belastet werden. Dabei muß die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer Vorrang haben.
Dazu ist eine moderne, großzügige Verkehrsforschung unerlässlich.
Wir werden die Bundesbahn weiterhin zu einem wirtschaftlich leistungsfähigen Unternehmen entwickeln.

15. Die Agrarpolitik ist wesentlicher Bestandteil unserer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Wir werden die Markt- und Preispolitik, die regionale Strukturpolitik und die Sozial- und Bildungspolitik aufeinander abstimmen und so einsetzen, daß auf dem Land Lebensverhältnisse entstehen, die den städtischen vergleichbar sind.
Um die Landwirtschaft an der allgemeinen Einkommensentwicklung teilhaben zu lassen, werden wir alle Möglichkeiten der Preispolitik unter Berücksichtigung der Verbraucherinteressen ausschöpfen. Überschüsse, die strukturell bedingt sind, müssen abgebaut werden, um das Marktgleichgewicht herzustellen; deswegen werden wir die Preispolitik durch eine Mengenregelung ergänzen. Wir wollen, daß sich die Kosten der EWG-Agrarfinanzierung in Grenzen halten. Die Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur werden wir nach gemeinsamen Grundsätzen in nationaler Verantwortung fortführen. Der Strukturwandel ist durch soziale Maßnahmen zu unterstützen.
Wir werden durch die regionale Strukturpolitik insbesondere auf dem Lande gewerbliche Arbeitsplätze schaffen, um freiwillig ausscheidende Arbeitskräfte aufnehmen zu können oder eine ergänzende Erwerbstätigkeit zu ermöglichen.
Der Vollerwerbsbetrieb bleibt die Grundlage der deutschen Landwirtschaft, in der auch künftig Zu- und Nebenerwerbsbetriebe ihren Platz haben. Wir werden die Zusammenarbeit dieser bäuerlichen Betriebsformen rechtlich erleichtern und steuerlich fördern.
Wir werden das Bildungsangebot im ländlichen Raum verbessern und den städtischen Verhältnissen angleichen.



IV. Soziale Sicherheit für jedermann



16. Die Familie ist die fundamentale Gemeinschaft für den einzelnen, für die Gesellschaft und für den Staat. Deswegen werden wir die Familie in jeder Weise fördern.

Wir werden die unterschiedliche Höhe der Leistungen für Kinder, die durch das Nebeneinander von Kindergeld und Steuerermäßigungen für Kinder entstehen, ausgleichen.

Die Leistungen des Familienlastenausgleichs sind der allgemeinen Einkommensentwicklung anzupassen.

Wie der Familie gelten Schutz und Förderung auch den Alleinstehenden, die in bestimmten Lebenslagen auf die Hilfe der Gemeinschaft angewiesen sind.

17. Wir werden für Frauen, die vorübergehend aus dem Arbeitsleben ausscheiden, den Übergang erleichtern, Möglichkeiten zur Teilzeitarbeit schaffen und die Rückkehr in das berufliche Leben ermöglichen.

18. Wir wollen das ganze Volk am Produktionskapital beteiligen. Wir werden deswegen das Sparen in Wertpapieren fördern, die für Kleinaktionäre ungerechte Doppelbesteuerung der Aktiengewinne abbauen und mittelständische Unternehmer entsprechend steuerlich entlasten. Wir werden die Vermögensbildung der Arbeitnehmer, insbesondere ihre Beteiligung am Produktionskapital durch einen gesetzlich geregelten Beteiligungslohn fördern, der steuerfrei bleiben und für sieben Jahre festgelegt werden soll.

Wir werden ein einheitliches Sparprämien gesetz mit einem einheitlichen Förderungshöchstbeitrag schaffen.

19. Wir werden die Reform der gesetzlichen Krankenversicherung fortführen, die den Versicherten wirtschaftlich tragbar an den Kosten beteiligt. Sie muß zu einer Senkung der Beiträge führen und dadurch der Versichertengemeinschaft zugute kommen.

20. Die gesetzliche Krankenversicherung muß auch Maßnahmen für die gesundheitliche Vorsorge finanzieren. Wir werden alle Möglichkeiten unterstützen, die der Wiederherstellung der Gesundheit und der beruflichen Wiedereingliederung dienen.

21. Wir werden den Krankenhausbau öffentlich so fördern und planen, daß die Versorgung der Bevölkerung gesichert ist.

Die Bezahlung und die Arbeitsbedingungen der Pflegeberufe müssen verbessert werden.

Auch die Teilzeitbeschäftigung muß in der Krankenpflege gefördert werden.



22. Wir halten an der bruttolohn-bezogenen dynamischen Rente fest.
Wir werden die gesetzlichen Rentenversicherungen für Selbständige bei gleichen Rechten und Pflichten öffnen.
Um die alten Menschen vor gesellschaftlicher Vereinsamung zu bewahren, haben wir einen Altenplan vorgelegt, nach dem Einrichtungen und Hilfen für alte Menschen gefördert werden.

23. Wir werden die Leistungen für Flüchtlinge denen für die Vertriebenen angleichen.
Wir werden die Versorgung der Kriegssopfer der wirtschaftlichen Lage entsprechend jeweils verbessern.

V. Geordnete Landschaft - Gesundes Leben

CDU
1969
1973

24. Wir werden ein langfristiges Programm für die Raumordnung entwickeln.
Es muß ein neues Bodenrecht geschaffen werden, um Verzögerungen und ungerechtfertigte Verteuerungen zu vermeiden.

25. Wir werden die öffentliche Förderung des Wohnungsbaus, insbesondere der Eigentumswohnungen und der Familienheime fortsetzen.
Wir werden das Wohngeld den veränderten Verhältnissen anpassen.
Wir werden die Wohnungsbaugesellschaften verpflichten, öffentlich geförderte Wohnungen zu tragbaren Preisen als Privateigentum anzubieten.

26. Wasser und Luft müssen soweit irgend möglich saubergehalten, der Lärm wirksam bekämpft werden.

27. Wir werden den Sport nach seiner Bedeutung für Erziehung und Bildung, für Freizeit und Gesundheit, fördern. Dazu haben wir ein Sportprogramm vorgelegt.

VI. Freiheit, Recht und Ordnung

CDU
1969
1973

28. Wir wollen ein Mehrheitswahlrecht, das den Einfluß der Wähler auf die Regierungsbildung verstärkt und stabile politische Verhältnisse sichert.
Wir werden das aktive Wahlrecht mit der Vollendung des 18. Lebensjahres, das passive Wahlrecht mit der Vollendung des 23. Lebensjahres beginnen lassen.

29. Das Verbrechen muß entschieden bekämpft werden. Die Polizei, insbesondere die Kriminalpolizei, muß bundesweit zusammenarbeiten. Sie muß mit zeitgemäßen wissenschaftlichen, technischen und elektronischen Mitteln ausgerüstet werden.

Das neue Strafrecht dient dem Schutz der Gesellschaft vor Verbrechen. Das Strafprozeßrecht muß die Dauer der Untersuchungshaft begrenzen und Fristen für die Erhebung der Anklage setzen.

Wir wollen durch eine Justizreform für alle ordentlichen Gerichte den dreistufigen Aufbau einführen, die Verfahren straffen und ihren Ablauf beschleunigen.

Zur Sicherung von Freiheit, Recht und Ordnung in unserem Staat gehört auch der gezielte Einsatz seiner Rechtsmittel gegen gewalttätige Ausschreitungen.

Dem Angriff von Links- und Rechtsradikalen auf Staat und Gesellschaft werden wir mit Entschlossenheit begegnen.

Wir werden diese Auseinandersetzung geistig und politisch führen. Gegen Terror und Gewalt werden wir Recht und Gesetz durchsetzen. Justiz und Polizei haben dabei unsere volle Unterstützung.

30. Wir wollen Gesetzgebung und Verwaltung einfacher gestalten. Die Bürger müssen von übermäßigen Anforderungen der Verwaltung entlastet werden.

Wir werden für die Weiterbildung der Beamten und Angestellten neue Einrichtungen schaffen. Unsere besondere Aufmerksamkeit gilt der Heranbildung hochqualifizierter Dienstkräfte für die europäischen Einrichtungen. Darüber hinaus werden wir das Personalvertretungsgesetz neu ordnen.

Qualifizierte Kräfte müssen zwischen Wirtschaft und Verwaltung wechseln können.

Wir werden die Arbeit der Bundesregierung organisatorisch straffen mit dem Ziel, leistungsfähige Ressorts zu schaffen.

Mit diesem Programm stellt sich die Christlich Demokratische Union der Entscheidung der Wähler.

Friede, Freiheit und soziale Gerechtigkeit für alle Deutschen sind die obersten Ziele unserer Politik.

Die Ordnung des Friedens unter den Völkern ist die größte Aufgabe des kommenden Jahrzehnts.

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands weist mit diesem Programm den Weg in die nächste Zukunft:

Mit Bundeskanzler Kiesinger sicher in die 70er Jahre

Sicher in die 70er Jahre

Kurt Georg
Kiesinger

CDU

